

Ist das Konkordanzsystem am Ende? : Bundesratswahl als Signal

Autor(en): **Vollmer, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nur Stunden später kreuzte eine andere bürgerliche Verhandlungsdelegation bei SP-Nationalrat Fritz Reimann auf, um diesem die Bundesratskandidatur mit der Zusicherung anzutragen, er würde auch gewählt. SGB-Präsident Fritz Reimann bewies persönliche Grösse, refüsierte das Angebot und erklärte seinen Verzicht auf eine Wahl auch noch schriftlich. Die offiziellen Fraktionsgespräche sind demnach von den Bürgerlichen beinahe gleichzeitig unterlaufen worden. Als dann Walter Buser einen Tag vor der Wahl öffentlich erklärte, er könnte eine Wahl zum Bundesrat nicht annehmen, brach für kurze Zeit die bürgerliche Strategie zusammen. Selbstverständlich kolportierten sie sofort die Dolchstosslegende, die SP-Fraktion habe unter meinem Druck nun auch Walter Buser zum Verzicht erpresst. Dieser verzichtete freiwillig, allerdings erst dann, als kein Fraktionsmitglied ihn für die Annahme einer Wahl ermuntert hatte. Ich persönlich hielt mich aus dieser Diskussion völlig draus. Aber der politische Generalstab der bürgerlichen Bundesratsparteien versammelte sich sofort in seinem Hauptquartier Bellevue-Bar und präparierte die Stich-Wahl. Es wurde fleissig telefoniert, antichambriert, Manipuliert und inszeniert. Jede Kandidatur war willkommen, sofern sie nicht Lilian Uchtenhagen hiess. Von einem bundesrätlichen Anforderungsprofil blieb nichts mehr übrig, es spielte keine Rolle mehr, die Bürgerlichen wollten ihr SP-Opfer haben. Oskar Reck hat mit seiner Bemerkung recht, es sei kein Vergnügen, Bundesrat zu sein, vermutlich sei es jetzt auch keine Ehre mehr.

Wie weiter?

Otto Stich hat die Wahl auf eigene Verantwortung angenom-

men. Bei aller Tristesse anerkenne ich zumindest seine Noblesse, d.h. die Erklärung von Otto Stich, dass er Entscheide des Parteitages, wie immer sie herauskommen mögen, respektieren und akzeptieren werde.

Damit wird das gespannte Verhältnis zu ihm doch ein bisschen gelockert. Die Zauberformel gibt es nun seit 1959. Damals bestand auf bürgerlicher Seite der politische Wille, die SP als valablen Regierungspartner zu berücksichtigen. Dieser Wille ist deutlich schwächer geworden. Dafür weht ein zunehmend kälterer Rechtswind, werden die politischen Umweltbedingungen schlechter, wird die Regierungsmitsverantwortung härter und der bürgerliche Übermut grösser. Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen stellt eine Herausforderung an die SP dar. Für das Parlament, aber das ist den Bürgerlichen gleichgültig, war es eine blamable Vorstellung. Der rapide Substanzverlust an politischer Kultur ist erschreckend. Das Verantwortungsbewusstsein der bürgerlichen Parlamentsmehrheit weicht dem eigenen Machtanspruch. Die Volksmeinung wurde souverän übergangen. Und die letzten Rücksichten auf den sozialdemokratischen Regierungs-«Partner» sind fallengelassen worden. Man mutet

dieser Partei zu, entweder zu rebellieren oder das Gesicht zu verlieren.

Ich bleibe ein Befürworter der Regierungsbeteiligung, aber nicht um jeden Preis und nicht zu allen, für eine grosse Landespartei unwürdigen Bedingungen. Wenn keinerlei Möglichkeit mehr besteht, die Auswahl der eigenen Repräsentanten im Bundesrat zu beeinflussen, wird das Mitmachen schwierig. Die Frage der Belastbarkeit unserer Partei ist gestellt. Kann, muss oder soll sie solches verkraften?

Zorn und Wut über das Geschehene sind gross, wir alle spüren es. Zorn und Wut wären aber schlechte Berater. Der immer stärkere Ruf nach Opposition ist selbstverständlich nicht mehr zu überhören. Wir müssen mit uns selber aber rücksichtslos ehrlich und realistisch bleiben. Die Oppositionsbänke sind hart, und das Oppositionsleben ist kein Honigschlecken. Es gilt eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen, Vor- und Nachteile auszurechnen und dann zu entscheiden, ob wir im Bundesrat bleiben oder aus ihm austreten wollen.

Man könnte es auch so formulieren: Was ist einfacher, die eigene Würde zu gefährden oder sie auf den harten Oppositionsbänken zu bewahren?

Ist das Konkordanzsystem am Ende?

Bundesratswahl als Signal

Von Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS

Mit seltener Deutlichkeit wurde uns am 7. Dezember die Arroganz bürgerlicher Politik vorde-

monstriert. Die Fakten und der Ablauf sind bekannt. Die Betroffenheit und Konsternation

ob dem «Lehrstück» intriganter Kabinettpolitik der bürgerlichen Mehrheit im Parlament geht weit über SP- und Frauenkreise hinaus. Der billige Versuch, mittels einer systematischen Verbreitung perfider Dolchstosslegenden — «SP ist selber schuld» usw. — die Verantwortung auch noch auf unsere Partei abzuwälzen und einmal mehr in NZZ-Manier Zwiebricht in unseren Reihen zu entfachen, krönt die entlarvende Demonstration des gegenwärtigen bürgerlichen Konkordanzverständnisses. Wir sind damit wie selten zuvor zu einer politischen Antwort herausgefordert. Das Dümme, dem wir verfallen könnten, wäre nun ein personenorientiertes Hickhack mit einem gegenseitigen internen Abschlachten. Verbitterungen über einzelne Rollen vor und nach der Nichtwahl von Lillian Uchtenhagen, und seien sie noch so berechtigt, dürfen unser politisches Denken und Handeln nicht lähmen. Unsere Kandidatin selbst hat uns dies grossartig und eindrücklich vorgemacht. Dass sie damit auch gleich alle hinterhältigen Kritiken betreffend Belastbarkeit usw. Lügen gestraft hat, darf uns mit Stolz erfüllen.

Warnen vor Konsequenz?

So gewiss wie heute die Rufe nach einer unmissverständlichen politischen Antwort in unserer Partei sind, so gewiss werden sich vermehrt die Stimmen der «Besonnenheit» melden, die vor der letzten Konsequenz, der Aufkündigung der Bundesratsbeteiligung, warnen. Niemand wird bestreiten, dass ein Entscheid über den Verbleib im Bundesrat, nachdem die Arbeiterbewegung jahrzehntelang um Einfluss und Mitbestimmung auf allen Ebenen politischer Macht gerungen hat,

nicht übers Knie gebrochen werden darf. Die Zeit bis zu einem ausserordentlichen Parteitag muss für gründliche und umfassende Diskussionen und Vorbereitungen genützt werden. Man mag bedauern, wenn damit andere, politisch wichtigste Arbeit kurzfristig weniger im Vordergrund stehen wird. Ein blosses Übergehen zur Tagesordnung würde jedoch die Glaubwürdigkeit und damit letztlich auch die realpolitische Durchsetzungsfähigkeit aufs schwerste beeinträchtigen. Alle, absolut anerkennungswerten und unbestrittenen Vorteile einer Bundesratsbeteiligung sind dann mit Sicherheit verspielt, wenn die Glaubwürdigkeit und Würde unserer Partei bei Mitgliedern und Sympathisanten durch Kleinmütigkeit und technokratische Blindheit vor die Hunde gehen. Gerade als Minderheitspartei im schweizerischen Politgefüge sind wir für die regierungsmässige Einflussnahme weit mehr auf eine wirkliche Abstützung auf eine breite Bevölkerung angewiesen als nur auf eine personenorientierte Einsitznahme im Bundesrat. Wie immer die Partei jetzt entscheiden wird, Konflikte innerhalb unserer Reihen sind so oder so einprogrammiert. Wenn nötig werden die bürgerlich beherrschten Medien in bewährter Weise mithelfen, sie kräftig anzuheizen. Wir werden auch diese Zerreihsprobe zu bewältigen haben. Wer heute glaubt, unser Kampf für den demokratischen Sozialismus liesse sich in gepflegter Manier nach bürgerlicher Art, quasi konfliktfrei bewerkstelligen, hat unseren politischen Auftrag gründlich missverstanden. Wohl ist die solidarische Einheit innerhalb der Arbeiterbewegung bitter nötig, doch noch nie liess sie sich durch ängstliches Ausweichen oder künstliches Ausklammern von Grundsatzentscheiden herstellen.

Abschied vom Grundsatz?

Die Grundsatzfrage der Bundesratsbeteiligung wurde in unserer Partei in den vergangenen Jahren verschiedentlich diskutiert. Die Antwort war immer überraschend eindeutig und klar: Wir wollen uns zur Durchsetzung unserer Ziele auch an der Regierung beteiligen. Viele stichhaltige Argumente können dazu aufgeführt werden. Das muss heute weder neu aufgezählt noch abermals gerechtfertigt werden. Das neue SPS-Programm — 1982 in Lugano verabschiedet — bringt dies denn auch ungeschmälert zum Ausdruck. Es verweist aber ebenso eindeutig auf die Grenzen. Regierungsbeteiligung kann in bestimmten Situationen fragwürdig, der Preis dafür zu hoch werden, steht schwarz auf weiss im Programm von Lugano: Dann, wenn die Handlungsfähigkeit der Partei so eingeschränkt wird, dass es nur noch zur Absegnung bürgerlicher Politik kommt oder wenn das sog. Kollegialitätsprinzip allzu starre Formen annimmt. Die Regierungsbeteiligung ist darum — unabhängig vom unbestrittenen Grundsatz — immer auch aus der aktuellen Situation heraus zu entscheiden. Ein Austritt aus dem Bundesrat ist deshalb eine durchaus programmkonforme Antwort auf die heutige aktuelle politische Situation. Diese Aktualität ist keineswegs nur von der momentanen Wut auf den Wahlstreich vom 7. Dezember bestimmt. Sie ist geprägt von den Ergebnissen eines seit einiger Zeit andauernden Abbröckelungsprozesses des Konkordanzsystems und der Zauberformel. Die schwierigere Wirtschaftslage mit den dazu gehörenden politischen Erscheinungen belegen das deutlich genug, die zunehmende Bestreitung der Teuerungszulagen, die Abbauversuche im Bereich des So-

zialstaates, die kompromisslosere bürgerliche Finanzpolitik, die rücksichtslosere profitorientierte Energie- und die fehlende wirkungsvolle Umweltpolitik seien als beliebig zu vermehrende Beispiele angeführt. Den letzten Höhepunkt der zunehmenden Arroganz des Bürgertums haben wir mit den Bundesratswahlen erlebt. Sie sind Ausdruck einer zunehmenden Untergrabung der Grundlagen einer bis anhin noch mehr oder weniger funktionierenden Konkordanz. Dem Resultat der Wahl kommt darum letztlich der Charakter eines Rauswurfs der Sozialdemokraten aus dem Bundesrat gleich, obwohl man zur Aufrechterhaltung der Fassade noch Sozialdemokraten — quasi ad personam — gewählt hat.

Unsere Verantwortung!

Niemand will heute ernsthaft bestreiten, wie weite Kreise inner- und ausserhalb unserer Bewegung auf diese politische Entwicklung in unserem Land

reagieren. Die wichtigste Entscheidung, der wir uns heute zu stellen haben, ist von der Frage bestimmt, ob wir weiterhin mitansehen wollen, wie mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger in die Resignation und politische Apathie getrieben werden, oder ob wir noch fähig sind, neue Hoffnung zu signalisieren. Für diese Hoffnung in eine politische Zukunft braucht es den einschneidenden Schritt eines Bundesratsaustritts. Nur er kann heute von einer breiteren Öffentlichkeit als Zeichen des Aufbruchs verstanden werden. Darin liegt jetzt die Verantwortung, aber auch die Chance der Sozialdemokratie. Die Missachtung dieser Anzeichen von Resignation und politischer Apathie bzw. der neuen Hoffnung würde uns schon bald der realpolitischen Grundlage, der heute noch so brillant vorgetragenen technokratischen Rechtfertigung eines Verbleibes im Bundesrat berauben. Es ist nicht zuletzt auch unsere historische Aufgabe, der jüngeren politischen Generation eine neue

Perspektive sozialdemokratischer Politik zu geben. Diese kann in der heutigen aktuellen Situation nur durch eine konstruktive Oppositionspolitik auf Bundesebene aufgezeigt werden. Dass wir gerade in zentralen Bereichen der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Friedenspolitik grundlegend andere Positionen vertreten, haben unsere Parlamentarier in letzter Zeit selber überzeugend bewiesen. Ein Bundesratsaustritt wird dies auch in einer breiteren Öffentlichkeit deutlich machen. Niemand macht sich Illusionen über einen raschen Umschwung der politischen Mehrheiten in der Schweiz. Oppositionsbänke sind zweifelsohne hart. Doch niemand soll uns weismachen, dass die Bänke derjenigen, die ernsthaft für den demokratischen Sozialismus kämpfen, überhaupt einmal hätten bequemer werden können! Der Bundesratsaustritt ist fällig. Wir dürfen nicht mehr nur diejenigen sammeln, die noch hoffen, wir müssen wieder Hoffnung schaffen!

Urabstimmung muss geprüft werden

Parteitag muss Antwort suchen

Von Ernst Eggenberg, Stadtpräsident von Thun

1. Zur Sache

Der Präsident der Vereinigten Bundesversammlung und der Übersetzer wechseln ab in der Bekanntgabe der Wahlergebnisse des ersten und schon endgültigen Wahlganges:

Ausgeteilte Stimmzettel	246
Eingegangene Stimmzettel	246
Leer	2
Ungültig	0
Gültig	244
Absolutes Mehr	123
Gewählt ist mit 124 Stimmen	

Herr Otto Stich. Stimmen erhielten Frau Lilian Uchtenhagen 96, Herr Belser 17, Diverse 7.

Der aufbrausende Applaus, eine übliche Begleiterscheinung bei Bundesratswahlen, muss sich erst Mut machen. Dass die Entscheidung im ersten Wahlgang schon fällt, überrascht die bürgerlichen Macher dieses Wahlergebnisses selber.

Der erhoffte historische Augenblick, die Wahl einer Frau in den Bundesrat, fand nicht statt.

Noch nicht. Und trotzdem scheint mir diese Wahl, mindestens im Rahmen unserer Konkordanzdemokratie und innerhalb des bundesrätlichen Verteilungsschlüssels (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) für die SPS von nicht unwesentlicher Bedeutung.

Das haben auch bürgerliche Exponenten bemerkt. In Diskussionen und in Zeitungskommentaren versuchen sie eifrig, alle Schuld auf die Schultern des SPS-Präsidenten zubür-